



Ampel verursacht „Chaos bei der Wärmewende“

„Chaos bei der Wärmewende“ – Jens Spahn hat den Gesetzentwurf der Ampel für den Austausch klimaschädlicher Heizungen heftig kritisiert. Nach Ansicht der Unionsfraktion fehlen vor allem Technologieoffenheit und klare Förderregeln. „Das schadet der Akzeptanz für den Klimaschutz“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Spahn. Es gehe aber um Klimaneutralität als Ziel und nicht um eine einzelne Ideologie. Der Fraktionsvize warnte vor den enormen Kosten, die auf Eigenheimbesitzer und Mieter beim Heizungsaustausch und der Dämmung zukommen. Bis heute wüssten sie nicht, auf welche Förderung sie hoffen dürften. Das führe zu enormer Verunsicherung bei den Menschen. Wir wollen eine Wärmewende, die die Bürgerinnen und Bürger mitnimmt“, sagte Spahn. Dazu gehörten Technologieoffenheit und klare Förderregeln, aber auch realistische Fristen. Nach dem Willen der Ampel soll das Gesetz schon ab dem 1. Januar 2024 gelten.

Auch die zuständige Berichterstatterin Anne König MdB kritisierte das Vorgehen der Ampel: „Der geplante Heizungs-Zwangstausch der Ampel-Regierung greift tief in das Eigentum der Menschen ein. Die Ampel macht rigide und unerfüllbare Vorgaben, die das Eigenheim, den privaten Rückzugsort, die Immobilie für die Altersvorsorge betreffen. Der Gesetzesentwurf ist ein wahrer Bürokratie-Dschungel, der noch dazu hohe Anforderungen stellt. Auf Eigentümer, Mieter, Wohnungsbau- und Wärmesektorbetreiber kommen unkalkulierbare Kosten zu. Nicht wenige plagt die Angst, ob sie sich mit den teuren Plänen von Bundesminister Habeck und Bundesministerin Geywitz das Dach über ihrem Kopf überhaupt noch leisten können. Mit dem Wirrwarr der letzten Wochen und diesem Beschluss setzt die Ampel-Regierung die Akzeptanz für den Klimaschutz aufs Spiel.“

Anne König weiter; „Wenn das Ziel des Klimaschutzes klar ist, dann kann und muss man die Wohnungseigentümer darüber entscheiden lassen, wie sie in Zukunft heizen wollen. Auch nach heftiger Kritik an den bisherigen Entwürfen hat der eigentliche Gesetzesentwurf an den rigiden, einseitigen Vorgaben nichts geändert. Als CDU/CSU wollen wir, dass alle technologischen Optionen für klimafreundliches Heizen ausgenutzt werden. Diese Technologieoffenheit muss von klaren Förder- und Unterstützungsmaßnahmen mit Planungssicherheit flankiert werden. Auch hier wird die Ampel wieder nicht konkret. Stattdessen lässt die Ampel die Menschen immer noch im Unklaren darüber, wie sie die Modernisierung ihrer Heizungen umsetzen und finanzieren sollen. Die Menschen im Nebel zurückzulassen ist aber noch kein Beitrag zum Klimaschutz. Es braucht daher eine pragmatische Wärmewende, die den Menschen Gestaltungsfreiheit gibt und keine Nebelkerze.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



in der Affäre um die Hamburger Warburg-Bank gibt es so einige Widersprüche und Ungerechtigkeiten. Es geht um unrechtmäßige Steuererstattungen, die die Bank aus illegalen „Cum-Ex-Geschäften“ erhalten hat.

Die Hansestadt Hamburg wollte sich auch im Nachhinein diese Gelder nicht von der Bank zurückerhalten lassen, so dass es beinahe zu einer Verjährung von erheblichen Steueransprüchen gegen die Bank gekommen wäre. Olaf Scholz, der von 2011 bis 2018 Hamburgs Erster Bürgermeister war, fällt dabei anscheinend eine entscheidende Rolle zu. Es muss dringend geklärt werden, wann er mit wem gesprochen hat, sowie welche Entscheidungen und etwaige politische Einflussnahmen erfolgt sind. Scholz selbst will sich im Bundestag nicht erklären und kann sich an vieles angeblich nicht erinnern. Deswegen hat meine Fraktion in dieser Woche einen Untersuchungsausschuss im Bundestag beantragt, der endlich Licht ins Dunkel bringen soll.

Im Untersuchungsausschuss muss beleuchtet werden, ob von politischer Seite Einfluss genommen wurde auf die Meinungsbildung in den hamburgischen Behörden in Sachen Steuerrückforderungen gegen die Warburg Bank? Ob der heutige Bundeskanzler der Öffentlichkeit, den Abgeordneten des Bundestages und denen der Hamburger Bürgerschaft die Wahrheit gesagt hat? Oder ob es bei den bestehenden Widersprüchen und Erinnerungslücken um einen tatsächlichen oder um einen taktischen Erinnerungsverlust geht?

Der Bund muss außerdem ein eigenes großes Interesse an Aufklärung haben, denn dem Bund gehört rund die Hälfte des verloren gegangenen Steuergeldes in dreistelliger Millionenhöhe.

Herzliche Grüße aus Berlin!
Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Lebensmittelverschwendung wirksam verringern – Lebensmittelspenden fördern

Lebensmittel sind wertvoll. Sie dürfen aus ethischen, ökologischen und ökonomischen Gründen nicht achtlos verschwendet werden. Deutschland hat sich daher zum Ziel gesetzt, vermeidbare Lebensmittelabfälle entlang der gesamten Wertschöpfungskette bis 2030 auf die Hälfte zu reduzieren. Denn 11 Millionen Tonnen weggeworfene Lebensmittel pro Jahr, davon zwei Prozent in der Primärproduktion (0,2 Mio. Tonnen), 15 Prozent in der Verarbeitung (1,6 Mio. Tonnen), sieben Prozent im Handel (0,8 Mio. Tonnen) sowie 17 Prozent in der Außer-Haus-Verpflegung (1,9 Mio. Tonnen) sind entschieden zu viel. Mit 59 Prozent (6,5 Mio. Tonnen) entfällt der größte Anteil auf Privathaushalte, das entspricht 78 kg pro Kopf. Neben nicht mehr genießbaren Produkten werden auch solche entsorgt, die noch einwandfrei für den menschlichen Verzehr geeignet wären, jedoch aus verschiedenen Gründen als nicht mehr marktgängig eingestuft oder in Haushalten nicht konsumiert werden.

Alle Beteiligten in der Lieferkette sind deshalb aufgefordert, ihre jeweiligen Möglichkeiten zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen zu nutzen. Insbesondere eine bessere Kenntnis der Haltbarkeit von Lebensmitteln bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie rechtliche Erleichterungen für Lebensmittelspenden sind geeignete Mittel, das gesetzte Ziel zu erreichen, Lebensmittelabfälle gar nicht erst entstehen zu lassen. Deswegen fordert die CDU/CSU von der Bundesregierung u.a., die kostenlose Weitergabe von Lebensmitteln an die Tafeln, soziale Einrichtungen und Organisationen zu vereinfachen, indem spendende Unternehmen von Haftungsrisiken insbesondere nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch befreit werden. Fahrzeuge, die ausschließlich für die Arbeit der Tafeln genutzt werden, von der KFZ-Steuer zu befreien. Zu prüfen, ob gemeinnützige Organisationen projektbezogen stärker finanziell unterstützt werden können, um sie beim Aufbau notwendiger Infrastruktur zur Annahme von Lebensmittelspenden zu unterstützen und sicherzustellen, dass durch die Änderung der Anhänge der Hygieneverordnung EG Nr. 852/2004 und damit verbundene Dokumentationspflichten in Bezug auf Lebensmittelspenden nicht neue Hürden für die Lebensmittelweitergabe entstehen.

Außerdem fordert die Unionsfraktion rechtlich zu klären und mittels eines Leitfadens klarzustellen, unter welchen Umständen abnehmende Organisationen gespendete vorverpackte Lebensmittel mit falscher Sprachausstattung in Bezug auf Füllmengen und Kennzeichnungspflicht an Endverbraucher weitergeben können, da das Inverkehrbringen von Lebensmitteln mit falscher Sprachausstattung verboten ist.

Eckpfeiler einer neuen China-Politik

Deutschland braucht zum Umgang mit China einen nationalen Konsens über die Grenzen aller demokratischen Parteien und Fraktionen hinweg. Der strategisch richtige Umgang mit China ist eine Aufgabe, die über diese oder die nächste Legislaturperiode hinausweist. Diese Frage wird nicht nur die 20er-Jahre prägen. Deswegen ist eine deutsche China-Strategie keine parteipolitische Frage.

Die Union ist bereit, mit der Bundesregierung zur Wahrung und Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Souveränität im Verhältnis zu China einen nationalen Konsens gemeinsam zu erarbeiten. So können wir aus einer Position der Einigkeit und der eigenen Stärke heraus agieren, und eine kohärente, nachhaltige und ganzheitliche Strategie der Bundes-, Landes- und Kommunalebene im Sinne eines „whole-of-government-approach“ erreichen. Ein solcher umfassender Ansatz ist auch und gerade im Hinblick auf den Schutz unserer kritischen Infrastruktur rasch erforderlich. Dieser nationale Konsens muss dabei in die Nationale Sicherheitsstrategie einerseits und in eine europäische China-Strategie andererseits eingebettet und eng mit unseren transatlantischen Verbündeten und Partnern im indo-pazifischen Raum abgestimmt werden. Denn nur gemeinsam mit unseren Partnern werden wir angesichts der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Größe Chinas die Kraft und Stärke haben, im System- und Technologiewettbewerb bestehen zu können.

Wir können dies aus einer Position der Stärke mit Selbstbewusstsein umsetzen. Auch die Pandemie hat im Vergleich zur chinesischen Ein-Parteien-Diktatur gezeigt: Demokratien können besser für die Menschen liefern. Chinas Coronapolitik ist zum Beispiel gescheitert – virologisch und ökonomisch.

Impressum:

Ausgabe Nr. 07/2023,
21. April 2023

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck